

DPG-Rundbrief – Februar I 2021

Gerechtigkeit durch Rechtsprechung – Hoffnung für Palästina

<https://www.tagesschau.de/ausland/internationaler-straferichtshof-palaestinensergebiete-101.html> Stand: 06.02.2021



Na endlich...

Endlich erklärt sich der Internationale Strafgerichtshof zuständig für Kriegsverbrechen in den besetzten Gebieten. Diese Mitteilung verärgert Israel und missfällt Deutschland. Es bleibt zu hoffen, dass die unabhängige Justiz nicht politisiert wird. Alle Kriegsverbrechen müssen untersucht und verurteilt werden, unabhängig davon, wer sie begangen hat.

Ermittlungen zu Kriegsverbrechen IStGH zuständig für Palästinensergebiete

Der Internationale Strafgerichtshof will möglichen Kriegsverbrechen in den Palästinensergebieten nachgehen. Die Richter in Den Haag erklärten, sie seien auch für die besetzten Regionen zuständig. Israel protestiert.

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat geurteilt, dass er auch für die palästinensischen Gebiete zuständig ist. Damit machten die Richter den Weg frei für Ermittlungsverfahren zu möglicherweise dort begangenen Kriegsverbrechen.

Die Richter in Den Haag begründeten ihre Zuständigkeit für die Region mit Verweis auf die eigenen Gründungsstatuten, nach denen konkrete Staaten oder Grenzen nicht Voraussetzungen für Verfahren vor dem Gericht sein müssen.

Chefanklägerin: Ermittlungen gerechtfertigt

Chefanklägerin Fatou Bensouda hatte im Dezember 2019 erklärt, dass Ermittlungen zu Kriegsverbrechen gerechtfertigt seien. Sie hatte zunächst aber eine richterliche Entscheidung über die Zuständigkeit angefordert.

Der IStGH kam nun zu dem Schluss, dass die seit 1967 von Israel besetzten Palästinensergebiete, also das Westjordanland, der Gazastreifen und Ost-Jerusalem, unter ihre Gerichtsbarkeit fallen.

Mögliche Ermittlungsverfahren können sich sowohl gegen israelische Staatsbürger wie etwa Offiziere richten als auch gegen Palästinenser. Ein Urteil des Internationalen Gerichtshofes könnte weitreichende Konsequenzen für Israel haben. So müssten Offiziere oder bestimmte Politiker theoretisch mit einer Festnahme auf Auslandsreisen rechnen.

Der Strafgerichtshof handelt gegenüber Individuen, nicht gegenüber Staaten. Noch läuft aber kein Verfahren gegen Israel. Eine Kammer des Gerichtes klärte nur die Frage, ob das Gericht prinzipiell für mögliche Verbrechen in den palästinensischen Gebieten zuständig ist. Die Richter betonten, dass mit ihrer Entscheidung keine Aussage über die Rechtmäßigkeit der Grenzen gemacht werde.

Palästinenser wollen Militäraktionen untersuchen lassen

Die palästinensische Autonomiebehörde hatte den Gerichtshof ersucht, israelische Militäraktionen im Krieg gegen militante Palästinenser im Gazastreifen 2014 zu untersuchen. In den Fokus könnte dabei nicht nur Israel rücken, sondern auch die Hamas, die Gaza kontrolliert. Zudem will die Autonomiebehörde sich gegen den von Israel in Ost-Jerusalem und im Westjordanland vorangetriebenen Siedlungsbau wehren.

Deutschland ergreift Partei und will Israel zur Seite stehen

Ist Palästina ein Staat? Nein, sagt Deutschland und will deshalb Israel vor dem Internationalen Strafgerichtshof helfen.

Obwohl die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshof, Israel und die Palästinenser im Visier hat, gibt es einen heftigen Streit über die Zuständigkeit des Gerichtshofes. Israel will naturgemäß ein Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof unbedingt verhindern. Die palästinensische Autonomiebehörde hingegen fordert dies seit vielen Jahren.

Ist der Strafgerichtshof überhaupt zuständig?

Nein, sagt die israelische Regierung, weil die Palästinenser keinen Staat hätten. Dieser Position hat sich nun auch Deutschland angeschlossen und ergreift eindeutig Partei für Israel und gegen Palästina.

Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs

<https://www.un.org/depts/german/internatrecht/roemstat1.html#T212>

Regionalgruppe Münster

Westfälische Nachrichten 05.02.2021

Israel-Politik

Kein Antisemitismus

Zum Artikel „Regelmäßig Opfer von Anfeindungen“: Inspiriert vom Kampf der schwarzen Bevölkerung in Südafrika gegen die Apartheid rufen palästinensische Kirchen und Zivilgesellschaft zu Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS) gegen Israel auf, bis dieses dem internationalen Recht und den Menschenrechten nachkommt und die erdrückende Besatzung beendet. Damit sprechen sich Palästinenser und Palästinenserinnen eindeutig für einen gewaltfreien friedlichen Weg des Widerstandes aus. Deshalb werden sie von vielen Organisationen, Verbänden und auch von Staaten unterstützt, um dadurch etwas Druck auf Israel auszuüben. Hier in Deutschland wird dieses Vorhaben allerdings

heftig bekämpft, da es Assoziationen zur rassistischen Aussage „Kauft nicht bei Juden“ weckt. Weder Palästinenser noch ihre Unterstützer verfolgen derartige menschenverachtende oder rassistische Ziele. Ihre Kampagne gilt ausschließlich der israelischen Besatzungspolitik.

Leider wird diese friedliche Kampagne aber instrumentalisiert und bewusst politisch bekämpft.

Selbst der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages stellt in einem Gutachten fest, dass zum Beispiel ein Verbot einer Raumvergabe für Veranstaltungen, die eine Nähe zu BDS beinhalten könnten, rechtswidrig sei. Das Gutachten besagt weiter, dass die Anti-BDS-Praxis im Widerspruch zur grundgesetzlich verbrieften Meinungsfreiheit stehe. (...) Dieses möchte ich nur zur Versachlichung darstellen, es ist keine Meinungsäußerung. Klar und deutlich



Bundesweit sind wegen des Lockdowns geschlossen.

möchte ich mich gegen jede Art von Antisemitismus stellen. Eine Debatte über die Beendigung der Besatzung der palästinensischen Gebiete, über Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten muss unabhängig davon geführt werden. Gerade in Deutschland.

**Ursula Mindermann,
Deutsch-Palästinensische
-Gesellschaft, Münster**



Reiner Bernstein

Allen Anfeindungen zum Trotz

Aphorisma Verlag Berlin 2021- 62 Seiten

ISBN 978-3-86575-094-5

10,00 EUR

Der Versuch, kritische Stimmen über israelische Politik mundtot zu machen, hat eine lange Geschichte in Deutschland. Dies zeigen die autobiographischen Reflektionen von Reiner Bernstein in seinem lebenslangen Engagement im Spannungsfeld Deutschland-Israel-Palästina.



Der Israelische Gesundheitsminister Yuli Edelstein vergleicht seine Verpflichtung, Palästinenser zu impfen, mit der "Pflege von Delfinen im Mittelmeer"

Israelischer Gesundheitsminister vergleicht seine Verpflichtung, Palästinenser zu impfen, mit der "Pflege von Delfinen im Mittelmeer"

Philip Weiss - 24. Januar 2021 - Übersetzt mit DeepL

Jordanien

»Flüchtlinge werden wie alle Bürger geimpft«



Lilly Carlisle, 28, vom Uno-Flüchtlingshilfswerk in Amman über die Kampagne gegen die Corona-Pandemie

im weltweit größten Camp für syrische Geflüchtete.

SPIEGEL: Frau Carlisle, wie viele der rund 660 000 in Jordanien registrierten Kriegsflüchtlinge aus Syrien haben sich mit dem Virus infiziert?

Carlisle: Die meisten Flüchtlinge leben privat im Land und nur etwa 100 000 dauerhaft in Camps. Von ihnen haben sich etwa 2000 Menschen infiziert.

SPIEGEL: Konnten Sie nachvollziehen, wie das Virus ins Camp gelangte?

Carlisle: Ein Erntehelfer steckte sich bei der Arbeit außerhalb an, im September. Wir hatten schon früh strikte Hygieneregeln eingeführt, Fiebermessen am Eingang des Camps, Masken, Abstand.

Die Bewohner kooperierten vorbildlich. Deshalb gelang es, das Virus lange fernzuhalten. Nach dem ersten Fall kontrollierten wir den Zugang zum Camp scharf.

SPIEGEL: Jetzt kommen die ersten Impfungen. Wer profitiert davon?

Carlisle: Flüchtlinge werden wie alle übrigen Bürger geimpft. Sie werden gleich behandelt. Das heißt: Über 60-Jährige und Menschen mit chronischen Krankheiten sind zuerst dran. Mehr als 100 000 Flüchtlinge zählen zur Risikogruppe und könnten die Impfung erhalten.

SPIEGEL: Woher kommt der Impfstoff?

Carlisle: Die jordanische Regierung kaufte von Biontech/Pfizer und von Sinopharm in China, insgesamt drei Millionen Impfdosen. Ein Teil davon ist eine Spende von Pfizer.

SPIEGEL: Im benachbarten Israel ist die Regierung mit der Impfung der Bevölkerung schon sehr weit. Macht Sie das ein bisschen neidisch?

Carlisle: Wir befinden uns nicht im Wettbewerb mit Israel. Jordanien konzentriert sich auf die medizinisch Anfälligsten. SUK

Israel/Palästina

»Moralische Verpflichtung«



Während in Israel schon Erwachsene und Jugendliche über 16 Jahre mit Corona-Impfungen versorgt werden, warten viele Palästinenser noch auf eine Vakzine. Shelly Kamin-Friedman, 48, ist Expertin für Medizin- und Gesundheitsrecht und unterrichtet an der Ben-Gurion-Universität in Beer Sheva und an der Universität Haifa.

SPIEGEL: Frau Kamin-Friedman, Israel hat angekündigt, erstmals 5000 Dosen Covid-Impfstoff an die palästinensische Autonomiebehörde zu liefern. Ist das genug?

Kamin-Friedman: Natürlich nicht. Im Westjordanland leben rund drei Millionen Palästinenser, im Gazastreifen weitere zwei Millionen. Die 5000 Dosen reichen nicht einmal für medizinisches Personal, ganz zu schweigen vom Rest der Bevölkerung.

SPIEGEL: Israel sagt, es könne nur dann mit Impfstoff helfen, wenn es die palästinensische Führung offiziell beantragt. Das sei nicht geschehen. Anfangs ließen die Palästinenser sogar verlauten, sie wollten keinesfalls Vakzine von Israel.

Kamin-Friedman: Als Expertin für öffentliche Gesundheit bin ich überzeugt: Wir haben

eine moralische und humanitäre Verpflichtung, die Palästinenser zu unterstützen. Israel sollte es zumindest anbieten – dann könnten die Palästinenser immer noch entscheiden, ob sie unsere Hilfe wollen.

SPIEGEL: Wie könnte diese Hilfe konkret aussehen?

Kamin-Friedman: Israel sollte Impfstoff finanzieren, bereitstellen und logistisch helfen, zum Beispiel bei der Aufrechterhaltung der Kühlketten. So könnten die Palästinenser den Impfstoff selbst in den Gazastreifen bringen, wo Israel keinen Zugang hat. Diese Schritte wären auch in unserem eigenen Interesse.

SPIEGEL: Warum?

Kamin-Friedman: Die Palästinenser und wir sind Nachbarn, es gibt regelmäßigen Kontakt. Viele arbeiten in Israel. Das Coronavirus stoppt nicht an Grenzen. Wenn wir eine Herdenimmunität erreichen wollen, müssen wir beide Seiten impfen – Israelis und Palästinenser.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass Israel sich darauf einlassen wird?

Kamin-Friedman: Ich weiß, dass es Gespräche gibt, aber sie sind vertraulich. Jetzt ist ein guter Zeitpunkt: Ein großer Teil der israelischen Bevölkerung ist bereits geimpft. Israel kann stolz auf sein Impfprogramm sein, weil wir niemanden zurücklassen: Flüchtlinge sollen zum Beispiel auch geimpft werden. Aber wir sollten die Palästinenser nicht vergessen. ARV